



Kürzungen an den Hamburger Hochschulen - Senat lotst Hamburg sehenden Auges ins bildungspolitische Desaster

Stellungnahme der GEW gegen die geplanten Kürzungen im Wissenschaftsbereich durch den Hamburger Senat

Die GEW spricht sich vehement gegen die vom Hamburger Senat geplante Absenkung des Budgets der Hochschulen aus.

Die Hamburger Hochschulen hatten durch anhaltende Unterfinanzierung, einen Abbau demokratischer Mitbestimmungsstrukturen und häufig wechselnde Verwaltungs- und Finanzierungsvorgaben der Behörde zu Wissenschaft und Forschung bereits in der Vergangenheit mangelhafte Rahmenbedingungen für ihre Arbeit. Ein nochmaliges Absenken des Budgets – noch dazu in dieser Größenordnung – wird nicht ohne drastische Konsequenzen bleiben.

Studierenden kommt der geplante Abbau von Studiengebühren entgegen. Allerdings ist dies kein wirklicher Gewinn, wenn dem höhere Mensakosten, schlechte Rahmenbedingungen des Studiums und teure Mieten entgegen stehen. Mit dem Abbau der Studiengebühren vollzieht Hamburg lediglich eine Entwicklung, die in den meisten Bundesländern bereits abgeschlossen ist. Die Budgetkürzungen widersprechen zudem dem aufgrund doppelter Abiturjahrgänge und dem Wegfall von Wehr- und Ersatzdienst notwendigen Ausbau von Studienplätzen.

Professorinnen und Professoren für die Arbeit an einer der Hamburger Hochschulen zu gewinnen, wird sich vor dem Hintergrund nochmaliger Kürzungen zunehmend schwierig gestalten. Die Gruppe der Professoren und Professorinnen ist zudem von Sparpaket für Hamburger Beamte betroffen (Kürzung des Weihnachtsgeldes), dass vom rot-grünen Senat verabschiedet und vom SPD-Senat nur teilweise zurückgenommen werden soll.

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ohnehin zunehmend prekär beschäftigt. Prekär meint in diesem Fall nicht nur schlecht bezahlt, sondern ihre Arbeitsverträge werden in der Regel befristet und zwar für immer kürzere Zeiträume. Die Budgetkürzungen geben den Hochschulen kaum Spielraum für eine verlässliche Personalplanung im Wissenschaftsbereich. Während Professor/innen i.d.R. verbeamtet und Verwaltungsstellen langfristig besetzt sind, ist bei vorgesehenen Stelleneinsparungen der akademischen Mittelbau akut gefährdet. Zudem müssen wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sparbedingt mehr Aufgaben aus Wissenschaft und Verwaltung übernehmen.

Die **Verwaltung** der Hamburger Hochschulen ist durch vergangene Sparwellen und zahlreiche Umstrukturierungen in den vergangenen Jahren stark belastet. Weitere weitreichende Kürzungen sind auch für diesen Bereich nicht hinnehmbar.

Die GEW fordert die Hamburger Bürgerschaft und den Hamburger Senat dringend auf, die Planungen für die Hochschulen neu zu verhandeln. Der Stellenwert, der Wissenschaft in Hamburg eingeräumt wird, muss dringend verbessert werden und durch eine ausreichende Finanzierung

muss die Attraktivität der Wissenschaft in Hamburg gewährleistet werden. An Hamburger Hochschulen arbeiten und studieren über 100.000 Menschen, die von den völlig unangemessenen Sparplänen betroffen sind.

Die Wissenschaftspolitik des SPD-Senats und von Senatorin Stapelfeld darf sich in den nächsten Jahren nicht darin erschöpfen, Studiengebühren abzuschaffen. Es stehen dringende politische Entscheidungen zur Gestaltung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Hamburg an, etwa der Ausbau der Universität in Eimsbüttel und die Novellierung des in Teilen verfassungswidrigen Hamburger Hochschulgesetzes. Die Hamburger Hochschulen sind hier auf eine aktive Wissenschaftspolitik angewiesen – und sie brauchen eine solide finanzielle Grundlage sowie finanzielle Planungssicherheit.

**Einladung zur Veranstaltung:
Neuanfang in der Wissenschafts- und Hochschulpolitik?
Die Anforderungen aus den Hochschulen
- mit Senatorin Dorothee Stapelfeldt -
Donnerstag, 30.6, 18-20 Uhr, Curiohaus**

Nicht nur die angekündigten Kürzungen werden die Hamburgische Wissenschafts- und Hochschulpolitik in den nächsten Jahren bestimmen, ebenso steht die Novellierung des verfassungswidrigen Hamburgischen Hochschulgesetzes, die Änderung der Kapazitätsverordnung (KapVO) sowie die Einführung einer leistungsorientierten Besoldung (LOB) auf der politischen Agenda.

Einleitend wird Frau Stapelfeldt ihre Pläne zur Hochschul- und Forschungspolitik vorstellen, folgend werden VertreterInnen der Statusgruppen (Studierende, Mittelbau und ProfessorInnen) sowie des Personalrats des wissenschaftlichen Personals an der Uni Hamburg die Probleme aus ihrer Perspektive schildern. Im Anschluss besteht die Möglichkeit zur offenen Diskussion.

Was ist die Fachgruppe Hochschule und Forschung der GEW Hamburg?

Als Fachgruppe Hochschule und Forschung der GEW Hamburg organisieren und vertreten wir die in Hochschulen und Forschungseinrichtungen wissenschaftlich beschäftigten Angestellten und BeamtInnen sowie NachwuchswissenschaftlerInnen. Die GEW lebt, wie jede Interessenvertretung, von ihren Mitgliedern, die ihre Interessen einbringen und durchsetzen wollen – angefangen bei der eigenen Situation im ‚Großbetrieb‘ Hochschule bzw. Forschungseinrichtung, in den akademischen Gremien oder in der personalrätlichen Vertretung.

Service, Kontakt und Information

Du kannst von den Serviceangeboten (Informationsbroschüren, kostenlose Seminare, Rechtsschutz) der Bildungsgewerkschaft GEW profitieren und Dich aktiv an der Fachgruppenarbeit beteiligen. Wir sind bestrebt, über Veranstaltungen und direkte Gespräche unsere Interessen auf dem Campus und darüber hinaus zu vertreten. Mit einer starken Gewerkschaft und einer netten Gruppe im Rücken ist vieles möglich – sei dabei!

Dein Kontakt zur Fachgruppe Hochschule und Forschung der GEW:

www.gew-hamburg.de // www.gew.de/Wissenschaft.html // huf@gew-hamburg.de

Herzlich eingeladen bist Du zu unseren Treffen regelmäßig jeden 1. Mittwoch im Monat um 18 Uhr im Curio-Haus (Rothenbaumchaussee 15).

Dein Kontakt zu den GEW-Studis:

<http://gewstudis.blogspot.de/> studis@gew-hamburg.de